

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**31.05.2023**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stabsstelle Gleichstellungsstelle**

Schriefführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Donnerstag, 27.04.2023**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:10 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 23.02.2023  
0203/2023**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Gleichstellungsplan 2023 - 2028 einschließlich Bericht zum Gleichstellungsplan 2017 - 2022**  
*0193/2023*
- 7 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7.1 Sachstandsbericht zur Bürgersprechstunde des Integrationsrats**  
*0187/2023*
- 7.2 Entsendung eines Integrationsratsmitglied in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**  
*0200/2023*
- 7.3 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Projekts "10+1 Bäume"**  
*0220/2023*
- 8 Positionspapier zum Zandersareal**  
*0085/2023*
- 9 Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach**  
*0199/2023*
- 11 Anfragen der Ausschussmitglieder**

# Protokollierung

## Ö Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Gabriele von Berg eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau von Berg erfragt, ob es zur Niederschrift – öffentlicher Teil – Einwände oder Anmerkungen gebe.

Frau Klupp bedankt sich bei der Verwaltung für die Antwort zur Anfrage aus der Sitzung vom 23.02.2023 zur öffentlichen „netten Toilette“ und hofft auf eine baldige Entscheidung, wie sich verwaltungsintern weiter abgestimmt werde.

Des Weiteren fragt sie nach, ob der Brief des Vereins „Die Platte e.V.“ zwischenzeitlich an Frau Engelberth weitergeleitet wurde.

Frau Engelberth erklärt dazu, dass der Brief noch nicht vorliegen würde, was aber auch nicht erforderlich sei. Sie habe sich nach der letzten Sitzung mit Herrn Bollen abgestimmt und dieser wollte Kontakt zum Verein „Die Platte e.V.“ aufnehmen. Sie werde im weiteren Verlauf der Sitzung noch berichten.

Weitere Anmerkungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift gab es nicht und somit gilt der öffentliche Teil der Niederschrift zur Sitzung am 23.02.2023 als genehmigt.

**Die Abstimmung erfolgte einstimmig bei einer Enthaltung durch die CDU-Fraktion.**

### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 23.02.2023

0203/2023

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau von Berg teilt mit, dass die folgenden Unterlagen auf den Tischen der Ausschussmitglieder verteilt wurden:

1. Der „neue“ Entwurf des Gleichstellungsplans in gebundener Form und ansprechendem Layout, aber ohne inhaltliche Änderungen.

2. Zu TOP 7 wurde die Beschlussvorlage, die im Integrationsrat vorberaten wurde, geändert, da sich ein Fehlerteufel eingeschlichen hatte. Da sich die Einladung für den ASWDG bereits im Druck befand, liegt die neu erstellte Vorlage in geänderter Form auf den Tischen für die Ausschussmitglieder bereit.

3. In der Sitzung des Integrationsrates wurde der Antrag zur Einrichtung eines „Runden Tisches für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ gestellt und dort einstimmig beschlossen. Dieser Antrag wurde zur weiteren Abstimmung an den ASWDG weitergeleitet. Die Verwaltung wird vorerst mündlich zum Antrag Stellung nehmen.

4. Protokoll zum Gespräch Standortsuche für das Projekt 10+1 (Obst)-Bäume zum Gedenken an die NSU-Opfer

## **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Migenda nimmt zum Antrag aus dem Integrationsrat „Runder Tisch“ Stellung (Antrag ist der Niederschrift beigelegt):

Er sehe hier einen weitreichenderen Antrag, als dieser mündlich in der letzten Sitzung des ASWDG vom 23.02.2023 gestellt wurde. Hier gehe es nicht nur um die Unterbringung von Flüchtlingen, sondern auch darum, die geflüchteten Menschen in das weitere gesellschaftliche und soziale Leben zu integrieren. Herr Migenda greift noch einmal seine Aussage aus der letzten Sitzung auf, dass ihm sehr wohl daran gelegen sei, sich auszutauschen, aber er dann auch gerne etwas an der Hand habe.

Nach vorheriger Rücksprache mit Frau Opiela (CDU) und Frau Holz-Schöttler (SPD) teilt Herr Migenda in der Sitzung mit, dass er den Bereich des Runden Tisches an dem die Verwaltung zurzeit mitwirken könne, abgrenze zu dem, was im Antrag des Integrationsrates gefordert werde. Hier seien zunächst noch weitere Abstimmungen erforderlich, damit in absehbarer Zeit ein Runder Tisch gegründet werden könne, der sich primär mit der Unterbringung von Kriegsvertriebenen und Flüchtlingen beschäftige. So werden zurzeit von der Verwaltung bestimmte Punkte aufbereitet und geprüft. Unter anderem werden Grundstücke identifiziert, die sich zur Unterbringung und dem Bau von neuem Wohnraum, in dem Flüchtlinge auch dauerhaft untergebracht werden können, eignen. Des Weiteren werden Flächen identifiziert, die sich für den Bau von KiTas und Schulen sowie OGS anbieten.

Für die weitreichenden Forderungen im Antrag fehlen der Verwaltung zurzeit auf Grund der Fülle an Aufgaben einfach die personellen Ressourcen und Kapazitäten und deshalb könne Herr Migenda eine zeitnahe Mitarbeit nicht in Aussicht stellen. Er bittet hier um Verständnis. Nichtsdestotrotz werde die Verwaltung das Anliegen nicht aus dem Blick verlieren und auf das Thema im Ausschuss zurückkommen, sobald man hier verbindliche Aussagen treffen könne.

Frau Engelberth gibt weitere Infos zum Stärkungspakt NRW:

Sowohl die Stadt Bergisch Gladbach als auch der Rheinisch-Bergische Kreis sowie andere kreisangehörige Kommunen haben Mittel aus dem „Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut“ bekommen. Hier gebe es verschiedene Zielsetzungen, u. a. sollen die Träger und Einrichtungen der sozialen Struktur gestärkt und unterstützt werden. Diese sollen nach vorheriger Bedarfsanmeldung Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Dazu können Infos auf der Homepage des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach eingesehen und die Bedarfe angemeldet werden. Es dürfen keine Bedarfe angemeldet werden, die bereits durch Drittmittel abgedeckt sind. Es müssen Kostensteigerungen oder neue Aufwendungen sein, die z. B. durch die Energiekrise entstanden sind oder im Kontext dazu zu betrachten sind. Hierunter könnte auch der Bedarf des Vereins „Die Platte e.V.“ fallen, der unbedingt – wie andere Einrichtungen und Träger auch – seine Bedarfe geltend machen soll. Federführend für die Bedarfsanmeldung sei der Kreis. Auf der Homepage finde man alle Informationen. Die Träger sollen aktiv angesprochen werden. Ein öffentlicher Förderaufruf wurde bereits gestartet. Stichtag sei der 14.05.2023 zur Bedarfsanmeldung mit Begründung.

Frau Mehls fragt nach, wie die Träger von sozialen Einrichtungen über die Förderung informiert werden.

Frau Engelberth antwortet dazu, dass ein öffentlicher Förderaufruf gestartet sei. Hierauf haben sich die Kommunen geeinigt. Aber natürlich können und werden auch die der Stadt bekannten Träger persönlich informiert; die Mitglieder des Ausschusses werden gebeten, ihnen bekannte Träger und Einrichtungen zu informieren. Zeitgleich soll auch eine Pressemitteilung über den Aufruf informieren.

Herr Klaas fragt nach, ob nach Beendigung der Verteilung der Fördermittel eine Liste erstellt werden könne, welche Träger und Organisationen Mittel beantragt haben und ob diese Gelder alle ausgezahlt werden konnten.

Frau Engelberth teilt dazu mit, dass auf jeden Fall in der Sitzung nach den Sommerferien darüber berichtet wird.

## **6. Gleichstellungsplan 2023 - 2028 einschließlich Bericht zum Gleichstellungsplan 2017 - 2022** *0193/2023*

Da der Entwurf des neuen Gleichstellungsplans den Ausschussmitgliedern vorliegt, stellt Frau Klaußen nur kurz die Ziele des neuen Gleichstellungsplans vor, die sich in drei große Bereiche und die zugehörigen Handlungsfelder unterteilen:

1. **Erhöhung des Frauenanteils in unterrepräsentierten Bereichen**
  - a) Erhöhung der Quote in den unterrepräsentierten Bereichen
  - b) Führung in Teilzeit – Top Sharing
  - c) Mehr Frauen in Führungspositionen
  
2. **Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien und Beruf**
  - a) Flexibilisierung der Arbeitszeit
  - b) Verbesserung der Kinderbetreuung
  - c) Ausbau von Homeoffice und mobilem Arbeiten
  - d) Verbesserung der Information in den Bereichen Kinderbetreuung und Pflege
  - e) Gleichmäßigere Verteilung der Kinderbetreuung/Mehr Väter in Elternzeit
  - f) Teilzeitbeschäftigung anders ermöglichen
  
3. **Förderung der Gleichstellung – diskriminierungsfreies Arbeiten**
  - a) Sexueller Belästigung am Arbeitsplatz entgegenwirken und verhindern
  - b) Selbstbestimmtes Arbeiten

Zu Punkt 1 a) weist Frau Klaußen daraufhin, dass Frauen immer noch stark in den technischen Bereichen unterrepräsentiert sind und weist in diesem Zusammenhang auf den Girls-Day hin, bei dem sich über 50 Mädchen im Alter von 12 – 15 Jahren für technische Berufe interessiert haben und in verschiedenen Bereichen, z. B. Feuerwehr, Umweltschutz teilgenommen haben. Hier müsse stärker geworben werden. So sei Frau Klaußen im Austausch mit der Feuerwehr, weitere Aspekte bei der Auswahl zu erarbeiten.

Zu Punkt 1 c) weist Frau Klaußen darauf hin, dass bei der Stadtverwaltung auf allen Führungsebenen die Quoten nicht erreicht sind, auch wenn sich bei den Abteilungsleitungen sowie Sachgebietsleitungen die Quoten mit 39,6 % bzw. 48,44 % verbessert haben. Die Maßnahmen die hier ergriffen werden sollen, sind die Einführung eines Top Sharing, also das Führen in Teilzeit sowie gezieltere Ansprache von Frauen in den Stellenausschreibungen, da Frauen sich von anderen Kriterien angesprochen fühlen als Männer.

Im zweiten großen Zielfeld geht es um die Schaffung von Rahmenbedingungen und Strukturen, die es Frauen ermöglichen, wieder in den Beruf zurückzukehren und ihren Job nicht nur in Teilzeit auszuüben. Denn es sei klar, dass Frauen, die nur in Teilzeit arbeiten in die Altersarmut abrutschen können. Dazu gehören z.B. die Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsortes, hier seien in der Corona-Pandemie gute Erfahrungen gemacht worden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Die ebenfalls guten Erfahrungen mit dem Projekt „Väter in

Elternzeit“ sollen genutzt werden, um mehr Väter zur Elternzeit zu bewegen. Hier sollen Austauschformen geschaffen werden, um die guten Erfahrungen der Väter publik zu machen und dadurch mehr Väter zu längerer Elternzeit zu bewegen. Ein großes Anliegen sei Frau Klaßen die Verbesserung der Kinderbetreuung. Hier solle durch eine Mitarbeiterbefragung eine Bestandsaufnahme erfolgen, wo es an Kinderbetreuung fehle, welche Zeiten müssten abgedeckt werden, welche Formen können sich die Mitarbeitenden vorstellen. Aus dieser Auswertung sollen dann die im Gleichstellungsplan genannten Maßnahmen oder auch andere Maßnahmen abgeleitet werden um die Kinderbetreuung sicherzustellen. Ohne eine ausreichende Kinderbetreuung ist es für Frauen sehr schwierig in den Beruf zurückzukehren und die Arbeit auszuüben. Frau Klaßen halte es hier für wichtig, dass die Arbeitgeberin hier ein Benefit schaffe um im Sinne einer Arbeitgebermarke attraktiv zu werden und zu bleiben. Als weiteres Handlungsfeld solle eine Informationsplattform geschaffen werden, für Mitarbeitende, deren Lebenssituation sich plötzlich ändere, z.B. werdende Eltern oder auch für Kolleginnen und Kollegen, deren Angehörige plötzlich pflegebedürftig werden. Auch dies seien Bereiche, von denen Frauen durchaus öfter betroffen sind und diese Felder neben dem Beruf abdecken würden. Hier sollen Ansprechpersonen als Familien-, und Pflegeeltern Hilfestellungen geben. Zu guter Letzt soll Teilzeit anders ermöglicht werden und Teilzeit auch in Bereichen geschaffen werden, wo bisher gesagt wurde, dass dies nicht möglich sei, das es feste Arbeitszeiten gebe.

Das dritte Zielfeld, das diskriminierungsfreie Arbeiten sei aus Sicht von Frau Klaßen ein Zielfeld, was durch die Unterzeichnung der Istanbul-Konvention bedingt sei. Hier werden zwei Ziele genannt: Zum einen, sexueller Belästigung am Arbeitsplatz entgegenzuwirken. Hierbei handelt es sich um eine Präventivmaßnahme. Hier solle etwas zur Bewusstmachung getan werden unter dem Motto: „Wie verhalte ich mich diskriminierungs- und gewaltfrei meinen Kolleginnen und Kollegen gegenüber.“ Es ist ein Handlungsleitfaden entstanden, der aufzeigt, wo sich Personen hinwenden können, wenn ihnen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz widerfahren ist. Hier findet Frau Klaßen besonders gut gelungen, dass zum einen alle Ansprechpersonen innerhalb der Verwaltung aufgenommen wurden, z.B. der Personalrat, die Ansprechperson nach AGG, die Gleichstellungsbeauftragte sowie die Führungskräfte, aber auch außerhalb der Verwaltung Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Frauen können sich an den Verein Frauen stärken Frauen e.V., Fachberatungsstelle wenden und für Männer stehe der SKM in Köln zur Verfügung. Zum anderen enthält das Zielfeld das Ziel „selbstbestimmtes Arbeiten“. Dieses befasst sich mit der Bekämpfung und Abwehr struktureller Gewalt und soll Frauen durch Empowerment und Selbstverteidigung stärken.

Frau Stauer teilt mit, dass die Durchsetzung des Top Sharing ein großes Ziel sei, womit ein Kulturwandel einher gehen würde. Sie wisse aus vielen Firmen, dass es dort noch nicht vorstellbar sei, Top Sharing anzubieten, da man der Meinung sei, dass es im operativen Geschäft nur Nachteile geben würde. Wenn dies der Verwaltung gelingen würde, wäre das ein modellhafter Erfolg, der heftig beworben werden müsse, da hier noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei.

Frau Mehls fragt nach, ob es bei Kündigungen durch Frauen Erhebungen gebe, warum diese die Verwaltung verlassen würden.

Frau Klaßen teilt dazu mit, dass es keine systematischen Auswertungen gebe. Aber Frau Klaßen spreche mit den Betroffenen, um herauszufinden, ob es betriebsbedingte Probleme, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gebe, oder ob es sich um Standort-bedingte Kündigungen handeln würde. Sollte es gewünscht sein, hier eine Auswertung zu erheben, wäre sie bereit, diese unter Nutzung der neuen Software zu erstellen.

Herr Hildner fragt nach, ob für die Kinderbetreuung der städtischen Mitarbeitenden statt nur Belegplätze nicht über eine Betriebs-KiTa nachgedacht werden solle. Diese müsse nicht in Trägerschaft der Stadt sein, aber für den Großteil der Beschäftigten Plätze vorhalten.

Frau Klupp bedankt sich für den guten Gleichstellungsplan und wünscht gutes Gelingen bei der Umsetzung. Sie erfragt, ob es bereits KiTa-Plätze für städtische Mitarbeitende geben würde. Des Weiteren merkt Sie an, dass die Umsetzung von Eltern-Kind-Büros für Notfälle eine tolle Maßnahme sei. Auch finde Sie es traurig, dass immer noch sehr wenige Frauen in der

Führungsspitze vorhanden seien und merkt an, dass auch die Politik hier gefordert sei, da auch die Verwaltungsspitze ausschließlich männlich besetzt sei. Abschließend erfragt sie, ob es noch ein Bewerbungstraining für Frauen geben würde.

Frau Klößen merkt dazu an, dass es Bestandteil des Gleichstellungsplans sei, gezielte Trainings für Frauen innerhalb der Verwaltung anzubieten, um deren Standing und Präsentation zu verbessern. Die Maßnahme die Frau Klupp anspreche sei eine Maßnahme für Bürgerinnen gewesen. Diese könne gerne wiederholt werden, wäre aber keine Maßnahme des Gleichstellungsplans. Zu den Belegplätzen teilt Frau Klößen mit, dass es fünf Stück gebe und hier mit einer Bestandsaufnahme begonnen werde, wie werden diese Plätze genutzt und welche Unterstützungsmöglichkeiten junge Familien brauchen, etc.

Die Anmerkung von Herrn Hildner, eine eigene KiTa mitzudenken, nehme Frau Klößen als eine von vielen Möglichkeiten der Kinderbetreuung auf. Sie gebe aber zu bedenken, dass die Gleichstellungsbeauftragte keine eigene KiTa initiieren kann. Hierfür sei der politische Wille erforderlich.

Es wird der folgende Beschluss gefasst:

Der ASWDG gibt dem Hauptausschuss und Rat die folgende **Beschlussempfehlung**:

1. Der Gleichstellungsplan 2023 – 2028 der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird beschlossen.
2. Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob eine Förderung bzw. ein Ausbau von Kita-Plätzen für städtische Beschäftigte möglich ist.
3. Die Förderung der Frauen in Führungspositionen soll auf der Ebene des Verwaltungsvorstandes verstärkt in den Blick genommen werden.
4. Die Verwaltung wird gebeten, das Führen in Teilzeit in Form des Top Sharing verstärkt zu fördern.

**Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.**

## **7. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

Herr Krasniqi teilt mit, dass für die aus dem Integrationsrat ausgeschiedene Frau Johanna Satler Frau Handan Cetinkaya-Roos als dritte Stellvertretung gewählt wurde.

In eigener Sache berichtet Herr Krasniqi, dass er sein Amt als Vorsitzender des Integrationsrates zur Verfügung stellen werde und aus dem Integrationsrat ausscheide. Somit werde er auch kein Mitglied mehr im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann sein. Er werde für den verstorbenen Herrn Michael Zalfen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach mitarbeiten.

Die Ausschussvorsitzende Frau von Berg bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder des ASWDG für die gute, kompetente und immer sachorientierte Arbeit von Herrn Krasniqi.

### **7.1. Sachstandsbericht zur Bürgersprechstunde des Integrationsrats 0187/2023**

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

### **7.2. Entsendung eines Integrationsratsmitglied in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**

0200/2023

Folgendes Mitglied wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss ASWDG gewählt

**Herr Ahmad Shehab.**

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**7.3. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Projekts "10+1 Bäume"**

0220/2023

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**8. Positionspapier zum Zandersareal**

0085/2023

Herr Dr. Adler teilt mit, dass sich der Seniorenbeirat sehr darüber gefreut habe, dass seine Interessen als Vertreter der Senioren der Stadt Bergisch Gladbach so repräsentiert werden können.

Frau von Berg fragt nach, ob der ASWDG dem Ausschuss für die Konversion des Zanders-Gelände nicht die ausdrückliche Empfehlung geben solle, die vom Seniorenbeirat aufgeführten Punkte zu unterstützen.

Hierin erhielt sie Unterstützung durch Frau Mehls.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann erachtet das Positionspapier des Seniorenbeirates als sehr unterstützenswert und bittet den Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes diese Punkte in die Planungen mitaufzunehmen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**9. Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach**

0199/2023

Frau Engelberth teilt mit, dass der Bericht sich von den Berichten, die bisher erstellt wurden darin unterscheidet, dass hier noch einmal ein besonderes Augenmerk auf die Betreuung der, in den Unterkünften, untergebrachten Kindern gelegt wurde. Exemplarisch dargestellt an den großen Unterkünften.

Des Weiteren gibt sie die tagesaktuellen Flüchtlingszahlen bekannt:

Die Gesamtkapazität liege zurzeit bei	1274
Davon sind Plätze belegt mit	1160
Ukrainischen Kriegsflüchtlingen (hierin enthalten sind auch Flüchtlinge aus Drittstaaten, die sich zu Beginn des Krieges in der Ukraine aufgehalten haben)	515
Geflüchtete anderer Nationen	645
In der Hermann-Löns-Halle befinden sich zurzeit Ukrainische Flüchtlinge	84
Im Carpark, Lückerrath	120
In der Senefelderstraße wird	1

minderjähriger Flüchtling betreut, der dem Jugendamt zugeordnet ist.

Frau Engelberth bittet darum, die Zahlen zur nächsten Sitzung nur mündlich vortragen zu dürfen, da die Sitzung bereits am 01.06. stattfindet, was terminlich sehr eng ist. Damit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

#### **11. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Opiela, die ehrenamtlich in der Obdachlosenhilfe Köln arbeitet fragt nach, ob die Verwaltung eine Aussage dazu treffen könne, wie viele Obdachlose es in Bergisch Gladbach geben würde, wie diese untergebracht seien und wie die Altersstruktur sei. In Köln sei es so, dass die Obdachlosen immer mehr und immer jünger werden.

Frau Engelberth teilt mit, dass ihr die Zahlen vorliegen, sie diese im mündlichen Bericht nur vergessen habe mitzuteilen:

Die Kapazität an Plätzen liegt bei	150
Die aktuelle Bewohnerzahl liegt bei	120

Zahlen zur Altersstruktur liegen ihr konkret nicht vor, aber sie habe selbst auch den Eindruck, dass die Obdachlosen jünger seien, als das früher übliche Klientel. Auch die psychischen Beeinträchtigungen seien erheblich gestiegen und hier seien die Kapazitäten zur Unterbringung sehr gering. Frau Engelberth sichert zu, dass sie für den Ausschuss nach den Sommerferien bzw. im Herbst gerne eine Vorlage hierzu erstellen kann.

Herr Klaas erfragt noch, wie „jüngere“ Obdachlose definiert werden können.

Dazu teilt Frau Engelberth mit, dass mit „jüngeren“ Obdachlosen Personen gemeint seien, die Mitte bis Ende 20 seien. Häufig mit Drogenproblematik oder einer psychischen Erkrankung.

**Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 18:05 Uhr geschlossen.**

**Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.**

---

gez. Gabriele von Berg  
Ausschussvorsitzende

---

gez. Monika Koppe  
Schriftführung